

Bürgerschaft der Hansestadt Wismar
PROTOKOLL

39. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und kommunale Betriebe

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.09.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Ort, Raum:	Raum 28, Am Markt 1, 23966 Wismar

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Sigfried Rakow (CDU-Fraktion)

Mitglieder

Frau Reingard Berger	(Bürgerfraktion)	ab TOP 5
Herr Andre Buchholz	(Fraktion DIE LINKE.)	
Frau Angelika Jörss	(CDU-Fraktion)	
Herr Bernd Möller	(SPD-Fraktion)	
Frau Sabine Sturbeck	(SPD-Fraktion)	
Frau Marion Wienecke	(Fraktion DIE LINKE.)	unentschuldigt

Vertreter

Herr Ralf Froese	(FDP-Fraktion)	Vertretung für: Herrn Gäbler, Olaf
Herr Tommy Klein	(FÜR-WISMAR-Fraktion)	Vertretung für: Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina, Sabine

Verwaltung

Frau Heike Bansemer	()
Frau Justine Steiner	()

Gäste

Herr Peter Manthey (FDP-Fraktion)

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Herr Olaf Gäbler	(FDP-Fraktion)	entschuldigt
Frau Sabine Mönch-Kalina	(FÜR-WISMAR-Fraktion)	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.08.2013
- 5 Haushaltssicherungskonzept 2013
Vorlage: VO/2013/0726
- 6 Sonstiges

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende, Herr Rakow, begrüßt die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses sowie die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Rakow eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Genehmigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 7 Nein Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.08.2013

Das Protokoll der 38. Sitzung vom 06.08.2013 wird durch die Ausschussmitglieder einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 6 Nein Stimmen: 1 Enthaltungen: 0

TOP 5 Haushaltssicherungskonzept 2013 Vorlage: VO/2013/0726

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt das Haushaltssicherungskonzept für den Zeitraum 2013 bis 2018 in der als Anlage beigefügten Fassung.

Wortmeldungen:

Herr Rakow, Herr Klein, Frau Jörss, Frau Berger, Frau Sturbeck, Herr Manthey
Frau Bansemer

- Frau Berger nimmt ab TOP 5 an der Ausschusssitzung teil. -

Der Ausschussvorsitzende führt in die Thematik ein und schlägt die Erarbeitung einer Synopse vor, in der die Veränderungen zum 1. Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes deutlich werden.

Die anderen Mitglieder begrüßen diesen Vorschlag.

Frau Bansemer gibt an, eine solche Übersicht nachzureichen.

Sie führt weiter aus, dass nachdem in den August - Sitzungen die Ausschüsse den 1. Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes überwiegend ablehnten, im Nachhinein einige Änderungen vorgenommen und der Umfang reduziert wurde.

Ab dem Jahr 2015 ist ein Haushaltsausgleich voraussichtlich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ohne Einbeziehung der ordentlichen Tilgung möglich. Berücksichtigt man die Tilgung jedoch mit, ist ab 2017 ein Ausgleich erreichbar.

Zu diesem Zeitpunkt würden immer noch Kassenkredite bestehen. Wenn aus dem städtischen Haushalt ablesbar ist, dass ein Ausgleich in den Folgejahren möglich ist, würde sich das Land zum Abschluss einer Konsolidierungsvereinbarung bereit erklären. Die Hansestadt Wismar erhält dann zusätzliche Zuweisungen aus dem FAG.

Bei dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept handelt es sich um ein laufendes Konzept, dass von Jahr zu Jahr weiterentwickelt wird. Über die Umsetzungsfortschritte wird im Vorbericht des Haushaltsplanes informiert.

Es wurden u.a. die nachstehenden Änderungen im Vergleich zur 1. Fassung vorgenommen:

- die aktuelle Haushaltssituation wurde ausführlicher dargestellt (ab S. 5)
- einige Maßnahmen wie Nr. 02/2013: Personalentwicklungskonzept, 05/2013: Anpassung aller Satzungen und Entgeltordnungen wurden gestrafft
- Übersicht zu den Mitgliedschaften enthält nur noch die freiwilligen Mitgliedschaften

Zu folgenden Themen wurden Fragen gestellt:

- Höhe der Kreisumlage
- die freiwilligen Mitgliedschaften und deren Notwendigkeit werden jährlich in den Fachbereichen überprüft
- die Zahlung einer Sondernutzungsgebühr für den Weihnachtsmarkt erfolgt über eine interne Leistungsverrechnung
- Erhöhung Friedhofsgebührensatzung
- aktueller Stand zur Einführung einer „Bettensteuer“: ein Entwurf der Landeshauptstadt Schwerin hierzu liegt derzeit bei der Rechtsaufsichtsbehörde vor, alternativ wird die Einführung einer allgemeinen Tourismusabgabe bevorzugt
- Maßnahme 21/2013: Waggongeld würde für städtische Gleisanlagen erhoben werden (hier fallen u.a. Wartungsarbeiten an und der Seehafen erhebt bereits ein solches Entgelt)
- Maßnahme 11/2013: Veräußerung: ein zentrales Management über alle städtischen Liegenschaften wird erarbeitet
- Maßnahme 29/2013: Institutionelle Förderung: Beispiele hierzu (Thema des Ausschusses für Kultur, Sport und Bildung)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 4

Nein Stimmen: 2

Enthaltungen: 2

Wortmeldungen:

Frau Jörss, Herr Rakow, Herr Klein, Frau Sturbeck, Frau Berger, Herr Manthey

Frau Jörss bittet darum, den in den Ausschuss für Wirtschaft und kommunale Betriebe verwiesenen Antrag zur Einführung einer WismarCard in einer der nächsten Sitzungen erneut auf die Tagesordnung zu setzen und darüber zu informieren.

Die anderen Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Herr Rakow berichtet, dass er einen Brief des Präsidenten der Bürgerschaft erhalten hat und verliest diesen den anderen Mitgliedern.

Bei dem Präsidenten der Bürgerschaft wurde von Herrn Klein im Nachgang der letzten Sitzung vom 6. August ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung durch Frau Sturbeck angezeigt.

Nach der Abstimmung über TOP 5 – Haushaltssicherungskonzept äußerte sich Frau Sturbeck unter TOP 6 – Sonstiges erneut zum Konzept und gab nach Ansicht von Herrn Klein eine persönliche Erklärung ab, die nicht den Anforderungen der Geschäftsordnung entsprach.

Frau Sturbeck verneint dies.

Der Ausschussvorsitzende zitiert aus dem Protokoll der vergangenen Sitzung zu TOP 6. Es enthält keine Anmerkungen bezüglich eines Verstoßes gegen die Geschäftsordnung.

In der anschließenden Diskussion unter den Ausschussmitgliedern wird auch noch einmal bestätigt, dass seitens Frau Sturbeck keine persönliche Erklärung abgegeben wurde.

Folglich liegt auch kein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vor.

Der Ausschussvorsitzende bereitet ein entsprechendes Antwortschreiben an den Präsidenten der Bürgerschaft vor.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und kommunale Betriebe verständigen sich auf Vorschlag von Frau Berger, in Zukunft in solchen Situationen die Meldung wörtlich zu protokollieren. Dadurch sollen solche Vorfälle vermieden werden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Teilnahme und beendet die Sitzung.

Rakow
Ausschussvorsitzender

Jeske
Protokollantin